

[Startseite](#) | [Basel](#) | Baselland: Landrat kürzt Budget trotz Millionengewinnen**Budgetdebatte im Baselbiet**

Streitpunkt Sparpaket: Wo der Landrat kürzt – und wo nicht

Finanzdirektor Anton Lauber hat seinen Finanzplan mehr oder weniger souverän durchgebracht. 2026 rechnet der Kanton Baselland erneut mit einem Minus.

**Benjamin Wirth**

Publiziert heute um 19:40 Uhr



Solide, aber volatil: Anton Lauber über die Baselbieter Finanzlage.

Foto: Nicole Pont

Hören Sie diesen Artikel:



00:00 / 06:45 1X

[BotTalk](#)

Die [Baselbieter Budgetdebatte](#) ist ein politischer Kraftakt. Während sieben Stunden hat das Parlament im Landratssaal in Liestal ge-
feilscht, gestritten und sich am Schluss zu einem Resultat durchge-
rungen, das zwar alle abnicken, aber längst nicht für alle befriedi-
gend ist. Die SP zum Beispiel hat nach wie vor Mühe mit dem Fi-
nanzplan – Mühe damit, dass die Regierung um Finanzdirektor
Anton Lauber (Mitte) in den kommenden Jahren rund 400 Millio-
nen Franken einsparen will. Sie kritisiert, dass Lauber die Mass-
nahmen unter falschen Vorzeichen aufgelegt hat.

Was die Sozialdemokraten damit meinen: Wegen eines [Megaver-
lustes im Jahr 2023](#) kündigte die Exekutive an, ein Sparprogramm
zu lancieren, das die Ausgaben drosseln sollte. Entgegen aller Er-
wartungen legte der Baselbieter Finanzdirektor im Folgejahr aller-
dings eine Rechnung vor, die statt eines budgetierten Defizits [ei-
nen Gewinn von 157 Millionen Franken](#) aufwies. Zudem zeichnet
sich wegen höherer Steuererträge (Stichwort: Immobiliensteuer)
auch für das laufende Jahr statt einem Minus ein Plus von 50 Mil-
lionen Franken ab.

Für Anton Lauber ist dennoch klar, dass weiter gespart werden
muss. Im Landrat bittet er denn auch um Verständnis: «Ich bin mir
bewusst, dass es nicht so einfach zu beantworten ist, wo der Kan-
ton Baselland heute finanziell steht.» Die Lage sei solid, aber vola-
til. Weil der Kanton im nächsten Jahr erneut mit roten Zahlen ei-
nerseits und mit stark steigenden Ausgaben in den Bereichen Ge-
sundheit, Bildung und Soziales andererseits rechne, sei das Spar-
paket nötig. Die Regierung spricht indes dabei gern von
«Entlastungsmassnahmen».

Lauber hält im [Aufgaben- und Finanzplan](#) [↗] also an seinen Mass-
nahmen fest. Und am Ende der langen Debatte, die auf zwei Tage
verteilt worden ist, stützt eine Mehrheit des Parlaments diesen
Kurs. Zuvor ist jedoch hitzig über diverse Änderungsanträge ge-
zankt worden, die die Landräte im Vorfeld eingereicht haben. Be-
reits am Mittwoch ist [eine Personalaufstockung am Strafgericht](#)
abgelehnt worden.

Hier alle weiteren wichtigen Punkte.

Streitpunkt: Bildung



Erfolg für Jan Kirchmayr: Der SP-Landrat setzt sich mit seinem Bildungsantrag durch.

Foto: Lucia Hunziker

Besonders aktiv ist die SP, die gerade in bildungs- und gesundheitspolitischen Themen mit vielen Anträgen versucht, Kürzungen abzulehnen. Ein Vorschlag von Jan Kirchmayr fordert zum Beispiel, dass das zweite Wahlpflichtfach in den Sekundarschulen im zweiten Jahr nicht gestrichen wird (hier sieht der Finanzplan vor, 1,7 Millionen Franken einzusparen). Kirchmayr befürchtet, dass der Schulalltag damit zu kopflastig werde, dabei seien die kreativen Fächer ebenso wichtig, um alle Lernziele zu erreichen.

Seine Argumentation verfängt. Eine Mehrheit des Rates spricht sich dagegen aus, dass im zweiten Sekundarschuljahr nur noch ein Wahlpflichtfach gewählt werden kann.

Keinen Erfolg hat die SP mit dem Antrag von Andreas Bammatter. Er verlangt fünf Millionen Franken zusätzlich für den Stellenplan der Sonderschulung, nachdem auch dort Leistungskürzungen angekündigt worden sind. Damit würden insbesondere Familien mit beeinträchtigten Kindern besser entlastet.

Doch der Landrat stellt sich dagegen. Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) begründet, dass es sich dabei um ein nobles Anliegen handle. «Aber der Staat kann sich nicht alles leisten, fünf Millionen im Giesskannenprinzip sind zu viel.»

S treitpunkt: Gesundheit



Engagiert, aber glücklos: Urs Roth.

Foto: Lucia Hunziker

Ebenfalls nicht mehrheitsfähig, wenn auch knapp, sind die Budgetanträge von Urs Roth, dem sozialdemokratischen Gesundheits-

politiker. Das Baselbieter Parlament hat vier Vorschläge von ihm abgelehnt, die insgesamt Kürzungen von rund 2,3 Millionen Franken im Budget 2026 und rund 6 Millionen Franken in den Jahren 2027 bis 2029 streichen sollten. Roth hat sich zum Beispiel dagegen gestemmt, die Reduktion von kantonalen Leistungen für Notfall- und Rettungsdienste aufzuheben.

Erfolgreicher ist Lucia Mikeler (ebenfalls SP). Die Landrätin wehrt sich gegen eine Kürzung, 50'000 Franken pro Jahr, bei der Pikettentschädigung für Hebammen. Mikeler, die selbst als Hebamme arbeitet, setzt sich allerdings mit dem Wunsch durch, dass es in diesem Bereich weiterhin bei gesprochenen 300'000 Franken pro Jahr bleibt.

Zustimmung erhält auch der Antrag von Stephan Ackermann (Grüne). Er kämpft für ein Angebot zur Vermittlung von Freiwilligeneinsätzen in der Palliativpflege durch das Schweizerische Rote Kreuz Baselland, für die der Kanton nun 50'000 im Jahr 2026 ausgeben wird – anders als die Exekutive es vorgesehen hat.

Streitpunkt: Naturschutz



Beatrix von Sury sorgt dafür, dass das Baselbiet weiterhin an den Naturschutz im Wald bezahlt.

Foto: Lucia Hunziker

Ein Antrag von Beatrix von Sury (Mitte) ist ebenfalls angenommen worden. Sie möchte verhindern, dass es bei der Waldpflege zu Einsparungen kommt. Im Rat betont sie, dass die Massnahmen, die den Wald für die Veränderungen des Klimawandels fit machen sollen, durch die Kürzungen erschwert würden. «Man verfällt einem grossen Trugschluss, wenn man hier spart», sagt sie.

Von Sury ist Vorstandsmitglied von Wald beider Basel, dem Verband privater Waldeigentümer. Eine knappe Mehrheit des Landrats spricht sich dafür aus, dass der Kanton je 200'000 Franken von 2026 bis 2028 und im Jahr darauf 300'000 Franken an den Naturschutz bezahlt.

Ein weiterer Antrag der Mitte-Politikerin hat die Streichung von jährlich 80'000 Franken im Programm «Waldpflege im Klimawandel» rückgängig machen wollen. Dafür gibt es im Landrat indes keine Mehrheit. Landratspräsident Reto Tschudin (SVP) bekräftigt

per Stichentscheid den Vorschlag von Thomi Jourdan (EVP), hier zu sparen.

Das ist das Baselbieter Budget 2026

Insgesamt hat das Baselbieter Kantonsparlament am Mittwoch und Donnerstag über 22 Budgetanträge diskutiert. Der Landrat beschliesst ein Budget mit einem Minus von 41,5 Millionen Franken, nachdem Finanzdirektor Anton Lauber ursprünglich mit einem Defizit von 32,6 Millionen gerechnet hat.

Allerdings haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass sich die Prognosen schnell ändern können. Der Ausblick in die Zukunft ist also weiter offen, wie solid die Finanzlage im Kanton Baselland in Wirklichkeit ist – daran ändert auch die Tatsache nichts, dass eine Mehrheit des Landrats sich an diesem Donnerstag hinter Anton Lauber und dessen Sparkurs stellt.

NEWSLETTER

Guten Morgen Basel

Erhalten Sie die wichtigsten und spannendsten News aus der Region, der Schweiz, der Welt und dem Sport.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Benjamin Wirth ist Journalist und Autor. Er ist Mitglied des Politikteams im Lokalressort. Mehr Infos

✕ @beniwirth

Fehler gefunden? Jetzt melden.

0 Kommentare